

27/28

78

Union in Deutschland

Bonn, den 20. Juli 1978

Nach dem Wirtschaftsgipfel:

Jetzt die Steuern senken

Die von den sieben Staats- und Regierungschefs vereinbarten Ziele zur Verbesserung der Lage der Weltwirtschaft verdienen grundsätzliche Zustimmung, erklärte Helmut Kohl zum Ergebnis des Bonner Weltwirtschaftsgipfels. Der direkte persönliche Meinungsaustausch der Hauptbeteiligten hat sich als nützlich erwiesen. Er zwingt zum Freimut, stärkt das gegenseitige Vertrauen und schafft damit auch Verständnis für die Grenzen des gegenseitig Zumutbaren.

Ob diese Gipfelkonferenz aber den in sie gesetzten Erwartungen entspricht, wird sich erst in den kommenden Monaten erweisen, wenn die wechselseitig versprochenen Maßnahmen in den Teilnehmerstaaten verwirklicht werden sollen. Die Parlamente, Gewerkschaften und großen Verbände saßen nicht am Ratstisch. Auch hätte ich lieber gesehen, wenn die ganze EG und nicht allein die Bundesrepublik Partner der gegenseitigen Vereinbarungen zur Koordinierung der Kernpolitik geworden wäre.

Für die Bundesrepublik ist nur eine Politik des inflationsfreien Wachstums annehmbar, wie sie die CDU/CSU-Fraktion beständig vertreten hat.

Weiter auf Seite 2

■ INFORMATION

Die CDU/CSU begrüßt das Eintreten des amerikanischen Präsidenten Carter für die Einheit Deutschlands. Seite 2

■ FILBINGER

Helmut Kohl: Weder politischer noch moralischer Vorwurf. Seite 4

■ MBFR

Ziel der Wiener Truppen-Abbauverhandlungen muß die Reduzierung der sowjetischen Panzerübermacht bleiben. Seite 5

■ BAFÖG

12 Punkte zur Novellierung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes. Seite 11

■ DOKUMENTATION

Familienpolitik in Europa. Grüner Teil

■ Uid-EXTRA

Initiativen der CDU/CSU-Fraktion im 8. Deutschen Bundestag. Eine Halbzeitbilanz. Gelber Teil

Achtung!

Ab sofort neue Telefonnummer der Union Betriebs-GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn 1: (0 22 21) 22 10 81.

(Fortsetzung von Seite 1)

In diesem Sinne wäre es zu begrüßen, wenn die ganze Bundesregierung sich nunmehr endlich unserer Forderung nach wachstumsorientierten Steuersenkungen anschließen könnte. Ob sie sich damit allerdings gegenüber der SPD-Fraktion durchsetzen kann, wird zu einer erneuten Nagelprobe ihrer Handlungsfähigkeit werden.

Darüber hinaus ist daran zu erinnern, daß es noch andere politische und strukturelle Wachstumsreserven gibt, die die Bundesregierung ebenfalls mobilisieren könnte, wenn sie der Gefolgschaft des linken Flügels der SPD sicher sein könnte.

So dürfte der deutsche wirtschaftspolitische Beitrag unvollkommen bleiben und die Koalitionsschwäche zu einem Problem der Weltwirtschaft werden.

Nachdem die GATT-Verhandlungen in der vergangenen Woche in eine Sackgasse geraten sind, ist es bedauerlich, daß die handelspolitischen Impulse des Bonner Gipfels nicht stärker ausfallen.

Die energiepolitischen Ziele — Kernenergie und Kohle zur Verringerung der Ölabhängigkeit — entsprechen ebenfalls den Vorstellungen der Opposition. Auch zu ihnen erhebt sich jedoch die Frage, ob der Bundeskanzler sie in seiner Partei voll zur Geltung bringen kann.

■ INFORMATION

Union begrüßt Carters Eintreten für Deutschland

Die CDU/CSU begrüße nachdrücklich die Erklärung des amerikanischen Präsidenten Carter zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands auf der Grundlage der Selbstbestimmung, erklärte der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Manfred Abelein.

Gerade das öffentliche Eintreten der Vereinigten Staaten als Führungsmacht des Westens beweise erneut, wie stark die Unterstützung für die Erlangung der Einheit Deutschlands sei. Dies spreche im übrigen auch — wie jüngste Meinungsumfragen bewiesen — der weitverbreiteten internationalen Auffassung, die die Teilung des deutschen Volkes als unnatürlich und anomal werte.

Gerade vor dem Hintergrund der gescheiterten Deutschlandpolitik der

SPD/FDP sollte deshalb die Bundesregierung den Verfassungsauftrag der „Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands“ wieder in den Vordergrund der Außen- und Deutschlandpolitik stellen. Das aktuelle Angebot des amerikanischen Präsidenten demonstrierte, daß nach wie vor die Chance vorhanden sei, die deutsche Frage wieder in ihren internationalen Zusammenhang einzufügen, um sie lösbar zu machen.

Für eine „Wende in Hessen“

Der Landesvorsitzende der hessischen CDU, Alfred Dregger, will seine Partei unter dem Motto „Eine Wende für Hessen“ in den Wahlkampf zur Landtagswahl am 8. Oktober führen. Erwartungsgemäß wurde er auf dem 46. Landesparteitag der CDU in Kassel mit 412 von 416 Stimmen zum Spitzenkandidat gewählt. Drei Monate vor der Wahl hatte

Dregger ein massives Werben um die liberalen Wähler in der FDP eingeleitet, die er als wichtigste Zielgruppe des CDU-Wahlkampfes bezeichnete. Nachdem die FDP das Koalitionsangebot in Hessen abgelehnt habe, müsse die CDU allein die regierungsfähige Mehrheit schaffen.

Haarsträubende Not alter Menschen

58 Prozent aller Rentenbezieher in der gesetzlichen Rentenversicherung, das sind 3,8 Millionen Rentner, leben, dem Statistischen Bundesamt zufolge, von einer einzigen Rente; laut Rentenanpassungsbericht 1978 beträgt die durchschnittliche Versichertenrente in der Arbeiterrentenversicherung 646 Mark, die Witwenrente 533 Mark. In der Angestelltenversicherung betragen die entsprechenden Werte 1 011 Mark bzw. 762 Mark.

Bereits dramatisch ist die materielle Situation vieler Rentnerinnen und Witwen zu nennen: von den 3,7 Millionen Bezieherinnen von Witwenrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung haben rund 50 Prozent als Einkommen nur ihre Witwenrente; fast 30 Prozent erhalten eine Rente von unter 450 Mark; rund 35 Prozent aller Rentnerinnen müssen monatlich mit weniger als 600 Mark auskommen.

Ausbildungschancen für Mädchen schlechter

Die schwierige Situation auf dem Lehrstellenmarkt geht nach Auffassung der CDU-MdB Irmgard Krawatzki zu Lasten der Mädchen und vermindert deren bereits schlechte Ausbildungschancen noch weiter. Das von der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg hierzu vorgelegte Zahlenmaterial besagt, daß 63 Prozent derjenigen Jugendlichen, die keinen

Ausbildungsplatz finden, Mädchen sind. Zudem gehen Mädchen immer häufiger nur kurze Ausbildungsverhältnisse ein. So beträgt der Anteil der Mädchen an dreieinhalbjährigen Ausbildungsverhältnissen nur mehr weniger als 0,1 Prozent. Es muß nach Ansicht der Abgeordneten mehr als bisher klargemacht werden, daß die berufliche Bildung nicht nur eine Vorbereitung für die Aufgaben der Frau in der Familie ist, sondern auch die Kontaktfähigkeit und das Engagement der Frau für gesellschaftliche Aufgaben erleichtert. Ausbildung und Beruf mindern zudem das soziale und finanzielle Risiko der Frau bei Notstandssituationen beträchtlich.

Völlig unverständlich: Bonn und SPD schweigen

Zu den Prozessen gegen Bürgerrechtler in der Sowjetunion und der DDR erklärt der Vorsitzende des Bundesausschusses Außenpolitik, MdB Werner Marx, diese Prozesse hätten eine weltweite Bewegung des Protests ausgelöst. Allein die Bundesregierung und der Vorstand der SPD hätten bis heute nahezu geschwiegen. Für die CDU sei völlig unverständlich, daß in der jetzigen Situation es Bundeskanzler Schmidt nicht für nötig halte, seine Sorge und Betroffenheit über die Vorgänge in der DDR und der Sowjetunion zum Ausdruck zu bringen und die dortigen Machthaber daran zu erinnern, daß sie mit ihrer Unterschrift unter die KSZE-Schlußakte und die internationalen Menschenrechtsverträge und -abkommen die Pflicht auf sich genommen hätten, zur Verwirklichung der Menschenrechte auch in ihren Staaten beizutragen. Die CDU fordere den Bundeskanzler auf, diesen Schritt endlich zu tun.

FILBINGER

Helmut Kohl: Weder politischer noch moralischer Vorwurf

Angesichts der anhaltenden Angriffe gegen Ministerpräsident Hans Filbinger bekräftigt die CDU nochmals ihre Erklärung, daß Hans Filbinger aus seiner Tätigkeit als Marinerichter in der letzten Phase des 2. Weltkrieges weder ein politischer noch ein moralischer Vorwurf gemacht werden kann, erklärte Helmut Kohl.

Entscheidende Aufgabe der Marine war es, in den letzten Wochen vor dem Zusammenbruch das Leben deutscher Soldaten und deutscher Menschen auf der Flucht zu schützen. Dazu war die Aufrechterhaltung der Disziplin unverzichtbar.

Die deutsche Öffentlichkeit kann nur dann über die damaligen Umstände zutreffend urteilen, wenn sie ein objektives und umfassendes Bild der damaligen Situation erhält. Mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung weiß aus eigener Erfahrung nichts mehr über die Zeit vor dem Zusammenbruch.

Der Umstand, daß Ministerpräsident Hans Filbinger über eine mögliche Mitwirkung als Richter an Todesurteilen nicht intensiver nachgegangen ist, mag eine objektive Beurteilung seiner Tätigkeit als Marinerichter erschweren.

Verständliche Kritik an dieser Tatsache kann jedoch nicht geeignet sein, die unbestrittenen Verdienste Hans Filbingers, die er sich um unseren freiheitlichen Rechtsstaat und um das Land

Baden-Württemberg erworben hat, zu schmälern oder gar auszulöschen.

Spekulationen, daß in der Führung der CDU über einen möglichen Rücktritt von Ministerpräsident Filbinger diskutiert wird, treffen nicht zu.

Blüm bedauert Mißverständnis

Nach einem Gespräch mit dem Parteivorsitzenden, Helmut Kohl, erklärte der CDU-Bundestagsabgeordnete Norbert Blüm:

Wenn „ein Satz meines im letzten ‚Spiegel‘ veröffentlichten Beitrages in einem Zusammenhang gebracht wurde, der Kriegerwitwen beleidigt, weil er das Andenken an ihre gefallenen Männer verdunkelt und Soldaten verurteilt, die in Erfüllung ihrer Pflicht sich nichts zuschulden kommen ließen, so tut mir dies leid.

Ich wollte die Tragik von Zwangssituationen in einem Unrechtssystem darstellen. Wenn aus der Formulierung dieses Satzes der Schluß auf eine moralische Verurteilung aller Soldaten gezogen wurde, so bedauere ich dies, weil es meinen Ansichten widerspricht.“

„Extremisten von links gefährlicher als von rechts“

Der Linksextremismus in der Bundesrepublik ist nach Ansicht von Generalbundesanwalt Kurt Rebmann wesentlich gefährlicher als der Rechtsradikalismus. Von rechts habe es bisher noch keine Mordtaten gegeben. Zwar dürfe man auch die rechte Seite nicht aus den Augen lassen, doch die große Zahl der Straftäter aus der linken Szenerie und die Zahl der Urteile sowie die hohen Strafen bewiesen, daß der von links kommende Terrorismus weitaus gefährlicher sei.

■ MBFR-VERHANDLUNGEN

Verhandlungsziel muß Abbau der sowjetischen Panzermacht bleiben

Bei den Wiener Truppenabbauverhandlungen (MBFR) wird derzeit die östliche Antwort vom Juni 1978 auf die westliche Initiative vom April 1978 erörtert. Nach Auffassung von CDU-MdB Alois Mertes enthalten die östlichen Vorschläge im Vergleich zur bisherigen Haltung des Warschauer Paktes einige Fortschritte formaler und kosmetischer Natur.

Das heißt: Sie nähern sich zwar der Ausdrucksweise und dem Verhandlungsschema des Westens. Dieser kleine Fortschritt verändert jedoch noch in keiner Weise den Kern der beiden östlichen Ziele in Wien, nämlich die westliche Legalisierung der massiven sowjetischen Mannschafts- und Panzerüberlegenheit im östlichen Reduzierungsraum (DDR, CSSR, Polen) mittels eines Ost-West-Reduzierungsvertrages; ein sowjetisches Mitspracherecht über die künftige Mannschaftsstärke der deutschen Bundeswehr, d. h. über die westliche Verteidigungsstruktur mittels vertraglich festgelegter nationaler Höchststärke.

Mit listigem Geschick fördert der östliche Vorschlag den naiven Abrüstungs-optimismus oberflächlicher Politiker des Westens. Von der Ungeduld und dem mangelnden Sachkunde dieser Kräfte erhofft sich Moskau Druck auf die westliche Verhandlungsführung in Wien. Letztere vertritt bisher eine Linie, die

von der CDU/CSU mitgetragen wurde; und zwar trotz des starken Verständnisses der Union für die grundsätzlichen französischen Bedenken gegen MBFR und trotz einiger Sorgen wegen bestimmter militärischer Details in den westlichen Vorschlägen.

Die positive Haltung der CDU/CSU bleibt weiterhin gebunden an die westlichen Verhandlungsziele in Wien:

- ① Beseitigung der östlichen Truppenüberlegenheit und Minderung der massiven sowjetischen Panzerüberlegenheit im östlichen Reduzierungsraum mittels vertraglicher Herstellung der Mannschaftsparität in Verbindung mit einer erheblichen Minderung der Panzer-Disparität zwischen Ost und West.
- ② Zweifelsfreier Ausschluß jeglichen sowjetischen Mitspracherechts über die Bundeswehr und die westeuropäische Verteidigungsstruktur mittels vertraglicher Herstellung kollektiver, also nichtnationaler Höchststärken der nichtamerikanischen und nicht-sowjetischen Mannschaftszahlen.

Jede Veränderung des politisch-militärischen Kerns dieser westlichen Verhandlungsziele müßte die CDU/CSU — auch im Lichte der französischen Sorgen vor einer Schwächung der westeuropäischen Sicherheit durch eine mitteleuropäische Sonderzone — zu einer Überprüfung ihrer positiven Haltung zur westlichen MBFR-Politik veranlassen. Auch im neuen östlichen Vorschlag in

Wien wird behauptet, annähernde Parität im Reduzierungsraum bestehe bereits. Der Westen sagt und belegt das genaue Gegenteil. Die Wiener Datendiskussion, also der Streit über die tatsächlichen Kräfteverhältnisse im geplanten Reduzierungsraum, ist kein Expertengerangel, sondern in Wirklichkeit eine hochpolitische Materie, nämlich die Kernfrage der Verhandlungen: Sollen die künftigen östlichen und westlichen Reduzierungsquoten — von der massiven sowjetischen Überlegenheit

500 Schüler-Selbstmorde durch schulische Überforderung

Nach Angaben des Direktors der Universitäts-Kinder-Klinik in Homburg (Saar), Prof. Friedrich Carl Sitzmann, in einer Studie über „Die drohenden Folgen schulischer Überforderung“ haben im Jahre 1977 mehr als 500 Kinder und Jugendliche aus Schulangst oder wegen schlechter Zeugnisse Selbstmord begangen. Jeder 10. Schüler zwischen 11 und 19 Jahren nimmt Drogen. Als Grund hierfür nennt Philipp Jenninger, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, den durch eine verfehlte Bildungspolitik unnötig verstärkten Leistungsstreß in den Schulen und die nicht endenden „Schulreformen“. Jenninger fordert u. a. die Überprüfung der Lehrpläne, der Klassenfrequenzen, der Lehrerausbildung und nicht zuletzt eine Aufklärungsaktion gegenüber den Eltern mit dem Ziel, den Stellenwert schulischer Leistungen in ihrem Bewußtsein zu relativieren und auf das richtige Maß zurückzuführen. Amtlicherseits müßte überprüft werden, ob der Nachweis von Befähigung und Leistung auf eine breitere Beurteilungsbasis als nur auf Zeugnisse gestellt werden kann.

ausgehend — symmetrisch, also paritätisch sein, und damit Moskaus Überlegenheit mit allen politisch-psychologischen Konsequenzen jenseits und diesseits des Eisernen Vorhangs seitens des Westens sanktionieren? Oder sollen die künftigen Reduzierungsquoten asymmetrisch sein, um die von Moskau gelegnete östliche Überlegenheit abzubauen?

Die deutsch-sowjetische Deklaration vom 6. Mai 1978 verkündete eine Einigung über das Ziel der „Parität“. Der östliche MBFR-Vorschlag vom Juni 1978 beweist die Richtigkeit der CDU/CSU-These: Schmidt und Breschnew einigten sich nur über Vokabeln, also über die Worthülse „Parität“, nicht aber über deren Inhalt. Die Sowjets beweisen in Wien, wie seinerzeit bei den Bahr/Gromyko-Verhandlungen in Moskau wieder einmal ihre brutale Ehrlichkeit: Wenn sie sich mit einem westlichen Partner nur verbal einigen, legen sie sofort ihre Auslegung der mehrdeutigen Begriffe auf den Tisch.

Der neue östliche Vorschlag in Wien hält konsequent, wenn auch geschickt verbrämt, weiterhin am Ziel fest, vom Westen ein Mitspracherecht über die Bundeswehr und die künftige Struktur des Atlantischen Bündnisses in Europa eingeräumt zu bekommen.

Zu Recht hat der westliche MBFR-Sprecher in Wien nach Prüfung des östlichen Vorschlags zweierlei bestätigt: die noch fehlende Dateneinigung bleibe eine Voraussetzung für jegliche Vereinbarung über Reduzierungen und Begrenzungen; die neue östliche Position sei nicht vereinbar mit dem westlichen Konzept der kollektiven Höchststärke.

Eine Einigung in Wien ist nicht in Sicht. Trotzdem muß geduldig und zielstrebig weiterverhandelt werden.

■ DER 20. JULI

Das moralische und politische Vermächtnis des Widerstandes

Der jährliche Gedenktag an den 20. Juli 1944, an den Widerstand gegen das Unrechts- und Gewaltregime des Nationalsozialismus, fordert zur Stellungnahme heraus, die nicht nur bei der historischen Rückbetrachtung verharren darf. Der 20. Juli ist ein Tag, an dem immer wieder neu gefragt werden muß, ob das Vermächtnis des Widerstandes gegen Gewalt und Unmenschlichkeit weitergetragen und auch erfüllt werden konnte, ob wir dem geschichtlichen Auftrag in unserer Zeit gerecht werden.

Das moralische und politische Vermächtnis des Widerstandes verpflichtet zum mutigen Eintreten für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, zum Kampf für die Wahrung und Verteidigung der Menschenrechte, zur Gewährleistung des Friedens im Innern und nach außen.

Die Bundesrepublik Deutschland und auch die uns benachbarten Länder erlebten in der zurückliegenden Zeit, bis in die letzten Wochen und Monate, eine nahezu ungehemmte Eskalation von Gewalt und Terror. Der internationale Terrorismus ist schreckliche Wirklichkeit geworden. Unsägliches, nie wieder gut zu machendes Leid, Mord und Totschlag, Raub und Erpressung säumen den Weg der Terroristen und Gewalttä-

ter, die den irrsinnigen Versuch unternehmen, die freiheitlichen Demokratien in ihrem Bestand zu erschüttern und sodann zu zerstören.

Hanns Martin Schleyer, Aldo Moro, die von den Terroristen in unmenschlichster Weise Ermordeten und Verletzten, die Opfer, die im Kampf gegen Terror und Gewalt gebracht werden mußten, stellen uns vor die Frage, ob rechtzeitig alles getan wurde, um einen erneuten Rückfall in Barbarei zu verhindern, einen gezielten Angriff gegen Freiheit und Demokratie wirksam abwehren zu können.

Uneinigkeit der Demokraten führte zur Nazi-Diktatur

Terror und Gewalt, die Mißachtung und Verletzung der Menschenrechte, die schrittweise Zerstörung der demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung, kennzeichnen den Weg in die Nazi-Diktatur. Die Uneinigkeit der Demokraten in der Abwehr politischen Radikalismus, die Verwilderung der politischen Auseinandersetzungen in den letzten Jahren der Weimarer Republik, Verleumdung und Verhöhnung des politischen Gegners, alles dies hat, das wissen wir heute, dazu beigetragen, daß die Feinde von Demokratie und Rechtsstaat die Macht erringen konnten. Der Verlust an freiheitlicher Gesinnung, moralisch-sittlicher Standfestigkeit, an Bekanntheit und Zivilcourage ermunterte

die Feinde der Weimarer Republik, verhängnisvoll waren die Folgen.

Aus den Erfahrungen der Nazi-Diktatur zu lernen, heißt heute, jeglichem Abgleiten in eine erneute Gefährdung von Freiheit und Demokratie mit aller Entschlossenheit und Festigkeit zu begegnen.

Das Vermächtnis des Widerstandes zu erfüllen, heißt heute, mutig und standfest für die Erhaltung und Verteidigung der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie einzutreten.

Der Terrorismus stellt uns auf die Probe

Nicht nur die verantwortlichen Regierungen, die politischen Parteien, die für die Erhaltung der Sicherheit beauftragten Organe und die Gerichte sind gefordert. Jeder Bürger steht in der Pflicht, das Seine zu tun, damit politischer Radikalismus und Extremismus, Gewalt und Terror keine Chance zur Zerstörung unserer freiheitlich-rechtsstaatlichen Ordnung haben.

Die Majestät des Rechts, die Menschenwürde, Freiheit und Gerechtigkeit können nur dann in ihrem Bestand erhalten und von jedermann erlebt werden, wenn sich die Bürger in ihrem persönlichen Lebens- und Wirkungskreis selbst zu dieser Herausforderung bekennen, ihrer Bürgerpflicht mutig und freiheitlich gesonnen Genüge leisten.

Die Bürger selbst müssen als erste darauf achten, daß die Grundregeln einer freiheitlichen Ordnung gewahrt werden. Freiheitliche Gesinnung, Toleranz, Gerechtigkeit und die Fähigkeit zu menschlicher Solidarität und Barmherzigkeit sind ebenso gefordert wie die

Beachtung des Rechts und die Erfüllung der Bürgerpflichten.

Die in den letzten Monaten wieder deutlich werdende Verschärfung der politischen Auseinandersetzung, die in letzter Zeit unternommenen Versuche zur Diffamierung und Diskreditierung des politischen Gegners können nur dazu führen, daß der für die Erhaltung von Demokratie und Rechtsstaat notwendige Grundkonsens geschwächt wird und daß die Bürger entmutigt werden, die auch für eine Demokratie notwendige Gefolgschaft und Loyalität zu leisten.

Der Terrorismus stellt uns auf die Probe: Sie muß bestanden werden, auch dort, wo es um die Erfüllung der uns heute gestellten Aufgaben und Pflichten in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft geht.

Appell von Goerdeler ernst nehmen

In der zweiten großen, von den führenden Männern des Widerstandes Beck und Goerdeler, verfaßten Denkschrift des Jahres 1944 heißt es:

„Die entscheidende Lehre dieser Betrachtung ist: die Politik, die das Glück und das Wohl der Völker zum Ziele sich setzt, muß auf die christlichen Grundsätze der Wahrhaftigkeit, der Menschlichkeit und der Hilfsbereitschaft aufgebaut sein, letztlich auf den Grundsatz, daß man einem anderen nicht antun darf, was man selbst nicht erdulden will.“

Diesen Appell ernst zu nehmen, könnte zugleich ein Bekenntnis zu unserer Geschichte, zum Vermächtnis des Widerstandes gegen Gewalt und Unmenschlichkeit sein.

■ KOALITION

Die kollektivistischen Schulpläne der SPD

In scharfer Form hat der hessische CDU-Vorsitzende Alfred Dregger die Schulpläne des hessischen SPD-Ministerpräsidenten Börner kritisiert. Vor Journalisten sagte Dregger in Wiesbaden, wenn die schulpolitischen „Planungsrichtwerte“ Börners verwirklicht würden, beginne in Hessen „das große Schulsterben“. Von 1 100 Grundschulen zum Beispiel würden über 400, von 130 gymnasialen Oberstufen über 80 liquidiert. Im sogenannten Mittelstufenbereich würden die Haupt- und Realschulen sowie das Gymnasium „total ausradiert“ und zu Förderstufen und integrierten Gesamtschulen „zusammengramscht“. Selbst vor der Sonderschule für Lernbehinderte werde nicht haltgemacht. Nach dem Börner-Plan seien von 140 Sonderschulen über 100 zum Sterben verurteilt. Die Folgen dieses Schulsterbens — so Dregger — seien verheerend: Durch die dann notwendige Zentralisierung werde es bereits im Bereich der Grundschulen, der Sonderschulen und gymnasialen Oberstufen Mammutschulen geben.

Berliner FDP rutscht noch weiter nach links

Einen weiteren Linksrutsch innerhalb der Berliner FDP ergaben auf dem FDP-Landesparteitag die Wahlen der Delegierten zum Bundesparteitag. Drei dem rechten Flügel zugerechnete bisherige Delegierte, darunter Parlaments-Vizepräsident Baetge und Fraktionschef Vetter, verloren ihre Sitze an Kandida-

ten des linken Flügels. Berlins FDP-Chef Lüder, der sich zuvor für eine Fortsetzung der SPD/FDP-Koalition auch nach den Berliner Wahlen ausgesprochen hatte, reagierte verärgert auf das Ergebnis der Delegiertenwahlen: „Das ergibt ein ganz falsches Bild!“ Dazu der geschäftsführende CDU-Landesvorsitzende Eberhard Diepgen: „Die FDP ist noch weiter nach links gerutscht und hat als Blockpartei praktisch ihre Selbständigkeit verloren. Für alte Liberale ist sie nicht mehr wählbar.“

Zeichen der Zerrissenheit

Als Zeichen für innere Zerrissenheit der Bundesregierung wertete die CDU/CSU-Fraktion das Schreiben von Bundeswirtschaftsminister Otto Lambsdorff (FDP) an den Bundeskanzler im Zusammenhang mit der Frage von Steuererleichterungen. Das Schreiben sei ein Beleg dafür, daß der Kanzler — entgegen aller Expertenauffassung — seine Zustimmung zu dringend erforderlichen steuerlichen Entlastungen nach wie vor verweigere. Die Unionsfraktion versicherte, soweit die FDP dazu bereit sei, gezielte steuerliche Entlastungen zugunsten der Arbeitnehmer und Unternehmer einzuleiten, könne sie auf die volle Unterstützung der CDU/CSU rechnen.

Pressefreiheit durch SPD bedroht

Die SPD hat zu massiven Aktionen gegen Zeitungen des Springer-Verlages aufgerufen. In einer der letzten Ausgaben berichtet das offizielle SPD-Organ „sozialdemokrat magazin“ über eine Boykottaktion, die unter dem Motto „Gewerkschafter und Kollegen lesen

nicht mehr ‚Bild‘, steht. Wenn es bei der Verweigerung des Lesens bliebe, wäre alles in Ordnung. Das SPD-Blatt fordert aber indirekt dazu auf, Zeitungskästen der „Bild“-Zeitung in und vor den Betrieben zu beseitigen und nennt die Anschrift des linksextremen Schriftstellers Günter Wallraff in Köln, bei dem Interessenten Unterschriftenlisten anfordern sollen.

Den Boykottaufruf wertet der stellvertretende Sprecher der CDU, Christoph Müllerleile, als ein weiteres Zeichen dafür, daß maßgebliche Teile der SPD nicht mehr zu den Verteidigern der Presse- und Informationsfreiheit gerechnet werden können.

Mehr Mut zur Liberalität

Auf dem FDP-Landesparteitag in Bad Rothenfelde ersparte sich die Mehrheit der niedersächsischen Liberalen ein Scherbengericht über den langjährigen, verdienstvollen Vorsitzenden Rötger Groß. Der linke Parteiflügel, blindlings SPD-eingeschworen, hätte es zwar gern so gehabt, kam aber nicht recht zum Ziel. Der neue FDP-Landesvorsitzende, Jürgens, scheint die Gewähr zu bieten, daß das Verhältnis der FDP zu ihrem bisherigen Regierungspartner CDU ungetrübt bleibt. Allerdings ist ihr Mut zur Liberalität zu wünschen, den die FDP braucht, um sich aus dem Ghetto der zwanghaften Anbindung an die SPD zu befreien.

Personalpolitische Taktlosigkeit

Bundeswohnungsbauminister Haack will zum Nachfolger von Staatssekretär Hubert Abress den 32jährigen Albert Schmid machen, einen Nachwuchskommunalpolitiker aus Regensburg.

Hierzu kommentiert die Süddeutsche Zeitung: „... ein Mann ohne jede Erfahrung in der Bonner Ministerialbürokratie — von dem erfolgreichen Stehvermögen und Fingerspitzengefühl gegenüber konkurrierenden Ministerien, den Ländern und Gemeinden gar nicht zu reden. Hier soll offenbar im Schnellverfahren ein Jungpolitiker zum Spitzenbeamten der obersten Gehaltsklasse gekürt werden, von dem man bisher nur eines weiß: Nach einem vielleicht gar nicht so fernen Regierungswechsel und vor dem Eintritt ins Ruhestandsalter wird er dem Staat fast so lange auf der Pensionskasse liegen wie er bisher lebte. Ein Stilbruch von beinahe staatsgeschichtlichen Dimensionen!“

„Unzumutbar und saumäßig“

Auf einer Mitgliederversammlung der Münchener FDP wurde der Landesvorsitzende, Bundesminister Josef Ertl, hart kritisiert. Das Mitglied im Kreisvorstand, Rainer Stinner, bezeichnete die kürzliche Rede Ertls auf dem FDP-Parteitag in Nürnberg als „unzumutbar und saumäßig“. Die Partei dürfe solche Reden nicht mehr hinnehmen und das auch offen sagen. Den Verlauf des Parteitags nannte der Redner ein „deprimierendes Ereignis erster Klasse“. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage, warum die FDP bei den letzten Landtagswahlen in Hamburg und Niedersachsen so schlecht abgeschnitten habe. Der Fraktionsvorsitzende im Münchener Rathaus, Manfred Brunner, sprach sich dafür aus, die interne Diskussion selbstkritisch zu führen und nicht wie „aufgeschreckte Hühner hin und her zu flattern“. Im Bund sei die FDP als Regierungspartei weitgehend verschlissen. Notwendig sei, langfristig wieder Profil in der Bundespolitik zu gewinnen.

■ BAFÖG

Union fordert regelmäßige Anpassung der Eltern-Freibeträge

Bei der anstehenden Novellierung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAFÖG) tritt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion für eine Erhöhung der Elternfreibeträge ein. In einem Zwölfpunktekatalog verlangt sie eine maßvolle Erhöhung des Darlehensanteils, zusätzliche Leistungsüberprüfungen der BAFÖG-Empfänger und Darlehenserlasse bei rechtzeitigem oder vorgezogenem Studienabschluß.

Zur Vorstellung und Erläuterung dieser Forderungen erklärten der Obmann der CDU/CSU im Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft, MdB Volker Rühle und der Abgeordnete Klaus Daweke:

① Schwerpunkt der Forderung der CDU/CSU wird die Erhöhung der Freibeträge auf das Einkommen der Eltern sein. Die Anpassung der Freibeträge hat so regelmäßig zu erfolgen, daß die Kontinuität der Ausbildungsförderung für den Studierenden gewährleistet bleibt.

Mit dieser Forderung sollen die Bezieher mittlerer Einkommen, die heute über Gebühr belastet und nach der geltenden Regelung benachteiligt sind, bessergestellt werden. Diese besonders bildungsmotivierte Mittelschicht, die für die Ausbildung ihrer Kinder ohnehin große Anstrengungen unternehmen

muß, ist in der Vergangenheit infolge der unzureichenden Erhöhung der Freibeträge weitgehend aus der Ausbildungsförderung „herausgefallen“, soweit sie überhaupt noch in die Ausbildungsförderung einbezogen werden konnte. Mit der Erhöhung der Freibeträge soll die Familienfreundlichkeit der Ausbildungsförderung wesentlich verbessert werden.

② Ein Darlehenserlaß ist unter folgenden Voraussetzungen anzustreben: Bei rechtzeitigem Studienabschluß innerhalb der Förderungshöchstdauer: 1 000 DM; bei vorgezogenem Studienabschluß um ein Semester 2 000 DM.

Mit dieser Forderung soll ein stärkerer Leistungsanreiz zur Straffung des Studiums, zum vorzeitigen Studienabschluß und zur Verkürzung der überlangen Studienzeiten geschaffen werden. Damit wird gleichzeitig indirekt ein Beitrag zur Studienreform geleistet. Ein Teilerlaß des Darlehens ist nach der geltenden Regelung nicht möglich, wenn die jeweilige Förderungshöchstdauer die Mindeststudienzeit sowie ein Prüfungssemester umfaßt und die Prüfung frühestens nach dem Ablauf der Mindeststudienzeit abgelegt werden kann.

③ Die CDU/CSU wird Vorschläge der Bundesregierung zu einer maßvollen Erhöhung des Darlehensanteils unterstützen.

Die CDU/CSU strebt mit dieser Zielsetzung mehr Eigenverantwortung des

Studierenden für die finanziellen Folgen seines Studiums an. Die Erhöhung des Darlehensanteils muß maßvoll erfolgen, damit sie nicht zu einer übergroßen finanziellen Belastung nach Abschluß des Studiums wird. Sozial nicht gerechtfertigte Rückzahlungsbelastungen müssen also ausgeschlossen sein.

Für Eignungsnachweis

④ Die CDU/CSU setzt sich für einen zweiten Eignungsnachweis ein. Von den Empfängern der Ausbildungsförderung soll am Ende des 6. Fachsemesters dieser weitere Eignungsnachweis verlangt werden, es sei denn, daß sie sich zum Examen melden. Generell sollen bei Zweifeln über die Studienleistung zusätzliche Leistungsüberprüfungen möglich gemacht werden.

Damit wird die Ausbildungsförderung stärker von der individuellen Leistung und vom tatsächlichen Studieneinsatz abhängig gemacht. Diese Regelung soll auch den Mißbrauch der Ausbildungsförderung durch „unechte“, lediglich formal eingeschriebene Studenten unterbinden. Indem die Leistungsüberprüfung eindeutiger wird, ergibt sich auf mittlere Sicht auch die Möglichkeit, den konzentriert Studierenden zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Nach dem geltenden Recht gibt es bereits einen Leistungsnachweis. Ein zusätzlicher Leistungsnachweis sichert die Gewißheit, daß die aus öffentlichen Mitteln Geförderten ihre Ausbildungsverpflichtungen laufend erfüllen.

⑤ Die Bestimmung, daß bei einem Fachrichtungswechsel, der nach dem Ende des zweiten Studiensemesters vollzogen wird, die Förderung für die restliche Studienzeit nur noch in Form eines Darlehens gewährt wird, soll auf-

gehoben werden. Die alte Regelung wird wiederhergestellt, wonach der Studierende auch für das zweite Studium, allerdings im Rahmen der Gesamtförderungshöchstdauer, Ausbildungsförderung erhält.

Mit dieser Forderung soll eine Maßnahme des Haushaltsstrukturgesetzes des Bundes korrigiert werden, die sich negativ auswirkt und zu zahlreichen Härten geführt hat. Ein vernünftiger Studienfachwechsel soll in Zukunft nicht mehr erschwert werden. Die bisherigen Erfahrungen mit der Anrechnung des BAFöG haben gezeigt, daß eine zu starke Ausweitung der Förderung in Fällen des Fachrichtungswechsels kaum vorkommt. Insgesamt soll die Förderungszeit nicht verlängert werden.

„Warenkorb“ ermitteln

⑥ Es soll unter Beteiligung des Statistischen Bundesamtes ein genaues Instrumentarium entwickelt werden, um den tatsächlichen Lebensunterhaltsbedarf der Studenten ermitteln zu können (Warenkorb).

Für die Berechnung der Bedarfssätze müssen in Zukunft zuverlässige statistische Methoden herangezogen werden. Es gibt „Warenkörbe“ für Rentner-Haushalte, für Arbeitnehmer-Haushalte u. a., aber für die Studenten-Haushalte gibt es bisher keine vergleichbar gut abgesicherte statistische Basis, auf die man sich bei der Berechnung der Bedarfssätze beziehen kann. Die Bezugsgrößen kommen lediglich durch Befragung der Studenten zustande, die individuell sehr unterschiedliche Aussagen zu ihren Lebenshaltungskosten machen.

⑦ Absolventen des Berufsbildungsjahres sollen für den schulischen Teil

ab 1979 in die Ausbildungsförderung einbezogen werden.

Die CDU/CSU gibt dem Berufsgrundbildungsjahr eindeutige Priorität vor einem 10. Hauptschuljahr, das die Union strikt ablehnt. Mit der Forderung, das Berufsgrundbildungsjahr für den schulischen Teil in das BAFÖG einzubeziehen, erhält diese Priorität ihren finanziellen Ausdruck, denn die CDU/CSU würde sich der Einbeziehung eines 10. Hauptschuljahres mit Nachdruck widersetzen. Der betriebliche Teil des Berufsgrundbildungsjahres sollte von den Betrieben abgegolten werden.

Keine Förderung bei Streik

⑧ In der Frage der Vorausleistung und Überleitung sollte folgende Regelung aufgenommen werden: Der frühere Absatz 2 des § 37 soll wieder eingeführt werden, d. h., die Überleitung eines Unterhaltsanspruchs gegen die Eltern kann von dem Empfänger von Ausbildungsförderung dadurch abgewendet werden, daß er in Höhe des überzuleitenden Betrages ein verzinsliches Darlehen in Anspruch nimmt.

Der Staat soll sich möglichst nicht in das Verhältnis von Eltern und Kindern einmischen. Mit der Wiederherstellung der alten Regelung wird der zweckmäßige Weg wieder freigemacht, Streitfälle zwischen Eltern und Kindern auszuräumen. Durch die Inanspruchnahme eines Darlehens hat es der Auszubildende in der Hand, die Einschaltung des Staates in die unterhaltsrechtlichen Beziehungen zu seinen Eltern zu vermeiden. Mit der Verzinsung der Darlehen wird ausgeschlossen, daß sie mißbräuchlich beansprucht werden.

⑨ Ausbildungsförderungsmittel werden von den Empfängern zurückgefördert,

wenn sie nachweislich Lehrveranstaltungen bestreikt, zu Streiks aufgerufen oder Studierwillige am Besuch von Lehrveranstaltungen gehindert haben.

Diese Forderung dient dazu, zu einer gerechteren Regelung gegenüber den Studenten zu kommen, die regelmäßig und zügig studieren und so Studienplätze freimachen, die für diejenigen benötigt werden, die wegen Zulassungsbeschränkungen bisher keinen Studienplatz gefunden haben. Die bestehende Praxis ist durch zu weitgehende Nachsicht gekennzeichnet. Die Rückforderung von Ausbildungsförderung von Studenten, die sich an „Streiks“ beteiligt haben, ist notwendig, damit die für die Ausbildungsförderung bereitgestellten Mittel, die Steuergelder sind, ausschließlich ihrem Verwendungszweck zugeführt werden.

Gleicher Freibetrag für Waisen

⑩ Für die Einkommensanrechnung zur Bundesausbildungsförderung bei Landwirten wird eine Lösung im allgemeinen Steuerrecht gefunden. Nachdem ein entsprechendes Gutachten der Ministerien für Finanzen und Landwirtschaft vorliegt, ist die Bundesregierung aufgefordert, einen entsprechenden Entwurf vorzulegen, der generell die Verzerrung im Steuerrecht beseitigt und eine Verwaltungsvereinfachung in diesem Bereich bewirkt.

⑪ Aus Gründen der Gleichbehandlung ist es dringend geboten, den Waisenfreibetrag für alle Auszubildenden auf monatlich 180 DM festzusetzen.

⑫ Die Bagatellgrenze soll für alle Schüler und Studenten einheitlich auf 20 DM festgesetzt werden.

■ PARTEIARBEIT

Ideen — Taten — Aktionen

Aktion „Freizeit Behinderter“

Die CDU Köln Rath/Heumar hat sich der „Neuen Sozialen Frage“ in der praktischen Auswirkung angenommen. Sie widmet sich einer besonders benachteiligten Gruppe der seelisch, geistig und körperlich Behinderten. Unter dem Slogan „Gemeinsam statt einsam“ bietet eine Aktion den Behinderten des Ortes und der Umgebung Freizeitgestaltung der vielfältigsten Art an. Eine aus Pressenotizen zusammengestellte Dokumentation gibt Auskunft über die zahlreichen Aktivitäten und über das positive Echo in der Öffentlichkeit.

CDU Rath/Heumar

Sengerweg 39

5000 Köln 91

„Ein Ball wird zum Ereignis“

Unter dieser Überschrift berichtet die Presse über den jährlich wiederkehrenden Wohltätigkeitsball der CDU Bad Schwalbach. Der Erlös der Veranstaltung ermöglichte die Anschaffung eines dringend benötigten transportablen Brutkastens für den Notarztwagen. 1977 kam der Erlös der Deutschen Krebshilfe zugute.

CDU Bad Schwalbach

Adolfstraße 27

6208 Bad Schwalbach

CDU Hamm: Radelnde Ratsherren

CDU-Kontaktpflege mal anders; sämtliche CDU-Ratsherren und Bezirksvertreter starteten am 27. Mai eine Rundfahrt durch Hamm per Rad. Die Goodwill-

tour begann um 9 Uhr früh, und nach Stationen in sämtlichen Stadtteilen endete sie abends bei einer großen Grillparty. Bei den Etappenpausen dieses sportlich-politischen Rennens gab es politische Diskussionen und kleine Feste. Die 50 km lange „Tour de Hamm“ brachte viel Sympathien und gute Presse für die CDU. Eine Ankündigungsbrochure gibt weitere Auskünfte über die Aktion.

CDU-Fraktion

Rathaus

4700 Hamm

MdB für das Deutschlandlied

Weil die Nationalhymne häufig nicht mitgesungen wird, ließ der Neusser MdB Dr. Hüsch auf seine Kosten das Deutschlandlied mit Noten und Erläuterungen drucken und bot es allen Schulleitungen seines Wahlkreises kostenlos an. Im Wahlkreisbüro hagelt es an Bestellungen...

Dr. Heinz Günther Hüsch MdB

Bundeshaus

5300 Bonn

CDU-Sommerprogramme

CDU-Kinder- und Jugendprogramme in der Ferienzeit werden immer beliebter. Einige Beispiele aus dem Kreisverband Warendorf-Beckum:

40 irische Kinder kommen als Gäste des Kreisverbandes. „Begegnung mit Irland“ heißt ein Tagesprogramm.

Fahrten zur Sternwarte Bochum und zu den Karl-May-Festspielen nach Elspe.

CDU-Biwak, Fahrradrallye, Malwettkampfbewerb ergänzen das Programm.

CDU-Kreisverband
Zumlohstraße 4
4410 Warendorf

CDU auf Wohnungssuche

Durch Verkauf von einigen Häusern wurde manchen Mietern in der Ostlandstraße in Gettorf gekündigt. Betroffen davon sind vielfach ältere Leute, die hier lange Jahre gewohnt haben und hilfsbedürftig sind. Die CDU leistete Hilfe: Im „Gettorfer Bürgerbrief“ sucht sie Angebote, Hinweise und Anregungen über Wohnungen für die betroffenen Mitbürger in der Ostlandstraße.

CDU
Fasanenweg 43
2303 Gettorf

JU für bessere Spielplätze

103 Seiten umfaßt der ausführliche bebilderte Bericht über den Zustand der 74 Spielplätze am Osdorfer Born in Hamburg. Auf Mängel, Zerstörung, Verschmutzung usw. wird mit großer Genauigkeit hingewiesen.

Die Untersuchung zeigt in aller Deutlichkeit die Spielplatzmisere in Hamburg auf. Auch andere Fragen der Kommunalpolitik, besonders die des Städtebaus, stehen im Mittelpunkt der JU-Arbeit in Lurup/Osdorf.

JU Lurup/Osdorf
CDU-Centrum Altona
Ehrenbergstraße 33
2000 Hamburg 50

Freundlich grüßt die JU

Mit 300 Ostereiern vor 300 Türen in Nauroth begrüßte die JU die Bürger am Ostersonntag. 15 JU-Mitglieder haben die Eier gefärbt, mit Kärtchen versehen und verteilt. Der Erfolg blieb nicht aus. 1 000 Tulpen verteilten JU-Mitglieder den Bürgern der zur Zeit in der Sanie-

rung befindlichen Stadtmitte in Betzdorf. Kleine Entschädigung für die Belästigungen durch Baustellen.

JU-Kreisverband Altenkirchen
Augustastr. 9
5240 Betzdorf

Aktion „Lokaltermin '78“

Eine ganze Woche lang waren die Stadtverordneten und Magistratsmitglieder der CDU in Groß-Gerau, Dornheim, Wallerstädten und Berkach unterwegs. Im unmittelbaren Kontakt mit den Bürgern haben sie sich über den Zustand öffentlicher Einrichtungen informiert. Schwerpunkte der Lokaltermine waren neben Gräben und Bächen die Ecken und Winkel, die das Bild einer Stadt besonders prägen. Wenige Tage später wurden die Erkenntnisse der Ortsbesichtigung in Form von Anträgen und Anfragen im Stadtparlament zur Sprache gebracht. Auch die Presse hat die Hinweise der CDU-Mandatsträger herausgestellt.

CDU
Adam-Rauch-Straße 4
6080 Groß-Gerau

Reger Erfahrungsaustausch

„Ideen — Taten — Aktionen“ hat über eine Umfrageaktion der CDU Zell (Mosel) berichtet. 76 CDU-Verbände baten um Auskünfte und Unterlagen über die Aktion. Die Bitte der CDU Zell (Mosel): bei Anfragen auch Rückporto beizulegen. Vorschlag der Redaktion: Wo Sie immer nach Aktionen fragen, bitte das Rückporto nicht vergessen!

Ihre Beiträge zu „Ideen — Taten — Aktionen“ senden Sie bitte weiterhin an die

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abteilung Öffentlichkeitsarbeit
Konrad-Adenauer-Haus
5300 Bonn

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 DX
GEBÖHR BEZAHLT

■ ZITAT

Aufstand der Kommunen

Anfang 1979 muß der Steuerkuchen neu verteilt werden. Das Fingerhakeln um die größten Stücke ist schon voll im Gange. Bonns neuer Kassenwart, Finanzminister Matthöfer, in der Zwickmühle zwischen höheren Ausgabewünschen seiner Genossen und massiven Steuersenkungsforderungen des Koalitionspartners, glaubt nämlich in seiner Not eine stille Reserve entdeckt zu haben: die Stadtsäckel der Gemeinden. Der beabsichtigte Griff des großen Bruders in die Kasse der Kleinen bringt alle Kommunen in Harnisch. Klagt Bundestagsvizepräsident Hermann Schmitt-Vockenhausen (SPD), Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes: „Städte und Gemeinden sind keine Wunderkinder. Wir wollen aber auch keine Kellerkinder sein.“

Manfred Rommel (CDU), Oberbürgermeister von Stuttgart und Präsident des

Deutschen Städtetages, beschwerte sich über die Bundesregierung: „Wir sollen wegen unserer Haushaltstugenden bestraft werden.“ Horst Waffenschmidt (MdB), Vorsitzender der kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU, sieht noch schwärzer: Vielen Kommunen „droht ein Desaster“. Abgesehen von wenigen finanzkräftigen Gemeinden, die noch über eine ergiebige sprudelnde Gewerbesteuerquelle verfügen, sind die meisten Sprengel zwischen Alpen und Nordsee bereits bis zur Kirchturmspitze verschuldet. Mit rund 80 Milliarden Mark stehen derzeit die Gemeinden in der Kreide. „Wir marschieren auf die 100 Milliarden Mark zu.“

Und schon rollt eine neue Milliarden-Kostenlawine auf die Städte und Dörfer zu. Nach überschlägigen Berechnungen von Horst Waffenschmidt müssen die Stadtkämmerer aus ihrem Säckel von 1979 bis 1981 allein 6 Milliarden mehr für Sozialausgaben berappen, vor allem, weil durch die von Bonn gebremsten Rentensteigerungen zahlreiche Alte unter das Sozialhilfeniveau abrutschen.

Deutsche Zeitung, 30. Juni 1978

UiD

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 22 10 81. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.